

Ihre Story, Ihre Informationen, Ihr Hinweis? feedback@20minuten.ch

Zürcher Abstimmung 24. September

29. August 2017 14:03; Akt: 29.08.2017 14:03

«Verkehrsstörungen kosten Nerven und Geld»

Der Individualverkehr müsse in der Zürcher Verfassung gleich verankert werden wie der ÖV, fordert ein überparteiliches Komitee – und empfiehlt am 24. September ein Ja.



Der (beinahe tägliche) Stau auf der Zürcher Nordumfahrung. (Bild: Keystone/Michael Buholzer)

ein aus / is Komitee empfiehlt deshalb am 24. September ein Ja zum Gegenvorschlag zur Anti-Stau-Initiative. Der Gegenvorschlag von Kantons- und Regierungsrat zur SVP-Initiative will die Rolle des Autoverkehrs in der Kantonsverfassung explizit erwähnen. Wird die Vorlage gutgeheissen, muss die Kapazität des Strassennetzes zudem langfristig erhalten bleiben. Ein Spurabbau etwa müsste also woanders auf dem Strassennetz kompensiert werden.

Der motorisierte Individualverkehr (MIV) sei das wichtigste Transportmittel im Kanton Zürich, schreibt das Komitee «Ja zu leistungsfähigen Strassen» in einer Mitteilung vom Dienstag. Analog zum öffentlichen Verkehr (ÖV) müsse er deshalb in einem griffigen Artikel in der Verfassung gleichwertig verankert werden.

57 Prozent der mit dem ÖV gefahrenen Personenkilometer würden mit Tram und Bus - also auch auf der Strasse - zurückgelegt. An vielen Orten liessen sich aber die ÖV- und MIV-Spuren nicht separieren. «Deshalb braucht es auch zur Förderung des ÖV leistungsfähige Strassen» wird CVP-Kantonsrat Josef Wiederkehr zitiert.

Sicherer dank weniger Stau

Das Komitee erhofft sich durch die Vorlage zudem weniger Stau. Dieser führe zu Stress und damit zu einem erhöhten Sicherheitsrisiko. Während ein durchschnittlicher Automobilist in der Schweiz jährlich 27 Stunden mit Warten im Stau verbringe, tue dies ein Zürcher Autofahrer 54 Stunden lang, heisst es weiter.

«Verkehrsstörungen kosten nicht nur Nerven», sagte Wiederkehr gemäss Redetext, «sie verursachten auch einen grossen volkswirtschaftlichen Schaden.» Das Komitee schätzt diesen im Kanton auf 264 Millionen Franken, beziehungsweise auf 1,6 Milliarden Franken schweizweit. Eine weitere Zunahme der Staustunden müsse verhindert werden.

Keine Grabenkämpfe

Die Bevölkerung im Kanton Zürich verdiene Lösungen statt Grabenkämpfe in der Verkehrspolitik, betont das Komitee in Anspielung auf die Argumentation der Gegner aus Kreisen der SP, Grünen, GLP und EVP. Diese bezeichnen die Vorlage als «nicht nur sehr dumm, sondern auch echt gefährlich und verantwortungslos».

Hinter dem Ja-Komitee stehen Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP, BDP, CVP, verschiedene Gemeindevertreter sowie Gewerbetreibende in kleineren und mittleren Unternehmen (KMU). Unterstützt wird es zudem von 22 ehemaligen Verfassungsrätinnen und -räten.

Die eigentliche Anti-Stau-Initiative der SVP wäre noch weiter gegangen als der nun vorliegende Gegenvorschlag. Sie verlangte, dass die Kapazität des Strassennetzes immer der Nachfrage angepasst wird. Bei Dauerstau hätten demnach die Bagger auffahren müssen. Die Partei zog ihre Vorlage aber zurück.

(sda)